

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Beste Versorgung rund um die Geburt sicherstellen - Geburtshilfe zukunftsfit machen

Hebammen erbringen eine für die Gesellschaft essenziell wichtige Leistung. Vor dem Hintergrund eines bestehenden Hebammenmangels, des unlängst vom Deutschen Bundestag beschlossenen Gesetzes zur Reform der Hebammenausbildung sowie anhaltender Diskussionen, auch in den Ländern und Kommunen, zur praktischen Umsetzung desselben, setzen wir uns dafür ein, durch EU-Vorgaben geprägte Novellierungen mit Blick auf die Versorgungsrealität verantwortungsvoll umzusetzen, die Chancen der Digitalisierung auch in der Geburtshilfe nutzbar zu machen, eine leistungsorientierte Vergütung zu ermöglichen sowie die freie Entscheidung der werdenden Mutter in den Mittelpunkt der gesundheitlichen und geburtshilflichen Versorgung zu stellen.

1. Zugang für Schwangere und Mütter in den Mittelpunkt stellen

Für uns Freie Demokraten sind Kinder die Zukunft. Kinder verdienen beste Chancen beim Start in das Leben. Daher wollen wir dafür Sorge tragen, dass optimale Rahmenbedingungen für die Geburtshilfe sichergestellt werden. Es ist festzuhalten, dass wir traditionell eine sehr hochwertige geburtshilfliche Versorgung in Deutschland haben und wir stolz auf die großartige Arbeit sein können, die Hebammen jeden Tag in unserem Land leisten.

Für uns gilt das Grundprinzip, dass die werdende Mutter und ihr Kind im Mittelpunkt der gesundheitlichen und geburtshilflichen Versorgung stehen müssen. Wir halten daran fest, dass es die freie Entscheidung der Gebärenden ist, ob sie in einer Geburtshilfeklinik oder in einem Geburtshaus entbinden möchten, sofern die geltenden Qualitätsstandards gewährleistet sind und solange keine medizinischen Gründe dagegensprechen.

Wir wollen den Zugang zu einem umfassenden Vor- und Nachsorgeangebot für jeden gewährleistet wissen. Es ist aus unserer Sicht sozialpolitisch geboten, sicherzustellen, dass dieser nicht von der sozialen oder finanziellen Situation der Frauen und Familien abhängt.

Gerade auch im ländlichen Raum müssen wir dafür sorgen, dass ein umfassendes Geburtshilfe- und Betreuungsangebot für Schwangere und Mütter in erreichbarer Distanz vorhanden ist. Aber auch in Großstädten ist die Versorgungssituation teilweise prekär. Auf kommunaler Ebene sind deshalb

individuell passgenau wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Situation für Hebammen und Schwangere sowie junge Familien denkbar und geboten. Dazu können eine Einrichtung von Hebammenpools, Angebote von Willkommensbesuchen oder Vergünstigungen für Hebammen etwa durch kostenfreies Parken gehören.

Bundesweit muss die Erstellung statistischer Bestandsaufnahmen zur genauen Versorgungslage in der Geburtshilfe endlich effektiv vorangetrieben werden. Dazu ist eine quantitative Erfassung freiberuflich tätiger Hebammen mit und ohne Geburtshilfeangebot in Kooperation mit den Ländern notwendig.

2. Das Berufsbild attraktiv gestalten

Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die das Berufsbild attraktiver machen und die dem bestehenden Hebammenmangel entgegenwirken. Versorgungssicherheit setzt effektive Nachwuchsgewinnung voraus. Dafür muss der Hebammenberuf durch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und eigener Familie an Attraktivität gewinnen. Durch Werbekampagnen wollen wir das Interesse am Berufsbild Hebamme steigern. Zudem wollen wir Möglichkeiten in Richtung eines altersgerechten Arbeitens für Hebammen, wie die Einführung besonderer Schichtmodelle oder Rotationsverfahren zwischen Geburtshilfe und Wochenbettstation, ausloten.

3. Die Ausbildung verantwortungsvoll reformieren

Einer von angehenden Hebammen gewünschten Akademisierung stellen wir uns nicht in den Weg. Vielmehr wollen wir jungen Menschen, die ihre Tätigkeit aufgrund der zukünftig geltenden europäischen Mindestanforderung von 12 Jahren Schulbildung und des definiertem Mehr an Ausbildungsinhalten auch auf ein akademisches Fundament stellen möchten, den Weg ebnen. Allerdings muss sich die Umsetzung der Akademisierung an der Versorgungsrealität orientieren und sie muss verantwortungsvoll durchgeführt werden. Eine Vollakademisierung ist aus unserer Sicht vor diesem Hintergrund zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht die richtige Maßnahme, um dem Hebammenmangel entgegenzuwirken. Wir sehen die Gefahr, dass dadurch bestehende Ausbildungskapazitäten wegbrechen, während notwendige akademische Kapazitäten und Weiterbildungskonzepte für bereits praktizierende Hebammen noch nicht ausreichend sichergestellt sind. Das können wir uns nicht leisten. Wir schlagen stattdessen vor, die Studienplatzkapazitäten zunächst planvoll hochzufahren und nicht alle Schulen überhastet vom Netz zu nehmen. Diejenigen, die Hebamme werden wollen, werden dann mit den Füßen abstimmen.

Engagierten Schulabsolventen mit 10 Jahren schulischer Ausbildung darf außerdem auch langfristig nicht die Möglichkeit genommen werden, in der Geburtshilfe tätig zu werden. Daher, und vor dem Hintergrund des Ziels einer soliden Finanzierung einer 1:1-Betreuung Schwangerer unter der Geburt, schlagen wir vor, ein ergänzendes Beruf mit der Bezeichnung

"Mütterpflegekraft" für die Vorsorge und Nachsorge im Wochenbett einzuführen.

4. Freie Berufsausübung unterstützen

Wir Freie Demokraten setzen uns insbesondere auch für die Interessen der Freiberufler, und damit der in der Geburtshilfe weit verbreiteten, freiberuflichen Hebammen, ein. Eine neu geschaffene Hebammenkammer mit verpflichtender Mitgliedschaft für alle Hebammen lehnen wir vor dem Hintergrund des im Verhältnis zur Größe der Berufsgruppe sehr hohen Verwaltungsaufwandes und der dadurch zu erwartenden sehr hohen von den Hebammen zu tragenden Beitragslast ab. Schwangere und junge Mütter, die auf der Suche nach einer Hebamme sind, müssen niederschwellig entsprechende Informationen erlangen können. Einer Einrichtung digitaler Vermittlungsplattformen, um Schwangere bei der Suche nach einer Hebamme zu unterstützen, stehen wir daher positiv gegenüber. Der Schutz der persönlichen Daten der Hebammen darf dabei aber nicht vernachlässigt werden. Die Veröffentlichung privater Telefonnummern und Privatadressen freiberuflicher Hebammen auf öffentlich einsehbaren Listen ohne entsprechende Einwilligung lehnen wir entschieden ab.

5. Chancen der Digitalisierung nutzen

Wir wollen die Chancen der Digitalisierung im Gesundheitsbereich nutzen. Während für uns der persönliche Kontakt mit einer Hebamme das Optimum darstellt, können telemedizinische Anwendungen und Online-Sprechstunden auch in der Geburtshilfe - gerade in der vor- und nachsorgenden Betreuung - eine entlastende Rolle für die praktizierenden Hebammen und auch die werdende oder junge Mutter einnehmen - nicht zuletzt in ländlichen Regionen. Solche Online-Sprechstunden werden bereits angeboten und digital erbrachte Leistungen können von Hebammen anteilig mit den Trägern der gesetzlichen Krankenversicherung abgerechnet werden. Wir wollen sicherstellen, dass einer Ausweitung entsprechender Angebote nichts im Weg steht. Gleichzeitig muss die Vermittlung digitaler Kompetenzen ein Bestandteil der Hebammenausbildung werden.

6. Leistung honorieren

Hebammen erbringen eine für die Gesellschaft essenziell wichtige Leistung. Wir als Freie Demokraten stehen dafür, dass sich Leistung lohnen muss. Der Gesetzgeber muss dementsprechend eine leistungsorientierte Vergütung im Rahmen der bestehenden Selbstverwaltung ermöglichen. Als problematisch erachten wir es, wenn Hebammen aufgrund eines als Ziel vereinbarten Betreuungsschlüssels nicht für jede von ihnen über die Zielvereinbarung hinaus betreute Geburt Vergütung erhalten.

Das Prinzip der Haftung für eigene Fehler muss weiterhin gelten. Die Beantragung des Sicherstellungszuschlags für die Berufshaftpflicht sowie dessen zügige Auszahlung an Hebammen wollen wir durch Entbürokratisierung gradliniger und einfacher gestalten.

Für uns ist es keine Frage, dass das Ziel einer sowohl den Schwangeren, als auch den Hebammen gerecht werdenden Geburtshilfe alle Anstrengung wert ist. Daher hat die Schaffung der dafür notwendigen Grundlagen für uns Priorität.

Ansprechpartner:
Katrin Helling-Plahr MdB, Berichterstatterin für den Themenbereich
Geburtshilfe der FDP-Fraktion
Telefon: 030 227 - 74285 – E-Mail: katrin.helling-plahr@bundestag.de